



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

Z/V/257

3. November 1950

Hinweise  
auf den Inhalt:

|   |     |
|---|-----|
| Das überflüssigste Ministerium            | S.1 |
| Moskaus Herrschaft in Polen               | S.3 |
| Auch der Agrar-Schumanplan stockt         | S.4 |
| Tagung der "Sozialen Arbeitsgemeinschaft" | S.5 |
| Erziehung der wissenschaftlichen Kader    | S.6 |

## Die ministerielle Botenmeisterei

### Heinrich Hellweges überflüssiges Ministerium

d.g. In der kommenden Woche wird der Bundestag über den ersten geschlossenen Haushaltsplan der Bundesrepublik beraten, nachdem der Vorjahresetat so stark im Zeichen des Überganges vom "Vereinigten Wirtschaftsgebiet" auf die neue staatliche Organisation stand, dass er nicht als Vergleichsbasis herangezogen werden kann. Dabei wird auch über manches Überflüssige zu sprechen sein - und das gerade wird alles andere als überflüssig sein. Dazu gehört, von anderen umstrittenen Ministerien einmal abgesehen, besonders das "Ministerium für Angelegenheiten des Bundesrates". Es wurde seinerzeit lediglich aus Koalitionsnotwendigkeiten geschaffen, nachdem es der aus der niedersächsischen Landtagspolitik auf Bundesebene avancierte DP-Führer Hellwege abgelehnt hatte, nur als Minister ohne Portefeuille ins Kabinett Dr. Adenauers einzutreten.

Seit dieser Zeit fährt Heinrich Hellwege allmorgendlich in der Koblenzer Strasse 120 vor und betritt ein "richtiges" Ministerium. Er ringt bescheiden mit einem Personalstand von 35 Personen an, unter denen sich auch der ehemalige Landesgruppenleiter der NSDAP, Dr. Erich, befand, den Hellwege zum Regierungsrat und seinem Kulturreferenten machte, und auf dessen durch den Bundeskanzler vor Jahresfrist einmal angekündigte Abberufung die deutsche Öffentlichkeit vergeblich wartet. Im Laufe eines knappen Jahres hat es Bundesminister Hellwege verstanden, seinem Ersatzministerium eine breitere Basis zu geben. Da sie mit echten ministeriellen Aufgaben nicht erreicht werden kann, hat man sie im Personalhaushalt gesucht und die Zahl der Beamtenstellen von 8 auf 16 verdoppelt, die Zahl der Angestellten und Arbeiter auf 29 vermehrt, so dass der

überflüssigste Bundesminister immerhin einen Stab von 45 Mitarbeitern um sich versammeln darf, die im Haushaltsplan für das laufende Rechnungsjahr mit rund 480.000 DM zu Buche schlagen, ohne dass sie Aufgaben erfüllen, die ohne viel Mü<sup>he</sup> auch von anderen Ministerien wahrgenommen werden könnten.

Heinrich Hellwege selbst ist von seiner Regierungstätigkeit tief beeindruckt und sieht in seinem Ministerium den "ernsten Willen der Bundesregierung verkörpert, den föderativen Charakter des Grundgesetzes zu verwirklichen". Durch seine "Beobachtungs- und Koordinierungsfunktion" glaubt er, dem deutschen Volke bereits hinreichend die Existenznotwendigkeit seines Amtes bewiesen zu haben, dem ein Sachkenner die treffende Bezeichnung "ministerielle Botenmeisterei" gegeben hat. Eine "politische Abteilung" mit zwei Referaten beobachtet das Verhältnis zwischen Bund und Ländern unter dem Gesichtspunkte des bundesstaatlichen Gedankens. Sie soll die Länder über Gesetzesvorlagen informieren und Bundesrats-sitzungen wahrnehmen. Eine "Rechtsabteilung" hat sich auch einen Kompetenzkalender zurechtgelegt, von dem freilich nichts übrig bliebe, wenn man die einzelnen Daten auf die Ministerien übertragen würde, die dafür im Grunde zuständig sind. Da gibt es z.B. "Gesetzgebungskompetenzen und Verwaltungszuständigkeit" und die "Entwicklung des Verfassungsrechtes" Aufgaben, die bereits teilweise vom Justiz-, teilweise vom Innenministerium wahrgenommen werden.

Auch in diesem Jahre hat Herr Hellwege wiederum eine umfangreiche Kompetenzliste aufgestellt, die seine Haushaltsanforderung begleitet, um dem Parlament die Bewilligung des Etats schmackhafter zu machen. Aber selbst seine föderalistischen Freunde im Bundesrat, deren Minister er ja eigentlich sein möchte, mussten ihn wissen lassen, dass alle ausser einigen Koordinierungsaufgaben aufgezählten Kompetenzen seines Ministeriums bereits von den Ländern unmittelbar und durch den Bundestag selbst wahrgenommen werden. Vor dem politischen Forum des Bundestages aber sollte man sich fragen, ob es vor den deutschen Steuerzahlern und angesichts der dringenden sozialen Aufgaben des Bundes verantwortet werden kann, dass ein aus koalitionspartei-politischen Gesichtspunkten geschaffenes Ministerium alljährlich den Haushalt mit rund einer halben Million DM belastet.

- - - - -

Moskaus Herrschaft in Polen

sp. In diesen Tagen vor einem Jahr wurde der Sowjetmarschall Konstantin Rokossowski zum Oberbefehlshaber und Kriegsminister Polens ernannt. Das war eine entscheidende Station auf dem Wege zur vollständigen Sowjetisierung Polens. Dieser Weg begann sehr früh, denn die Sowjets haben in ihren westlichen Plänen dem polnischen Staat von Beginn an eine wichtige Rolle zgedacht. Schon die auf sowjetisches Drängen - sogar gegen den Willen verschiedener polnischer Politiker - erfolgte die Verlegung der polnischen Verwaltungsgrenze bis an die Oder und liess den weitgehenden westlichen Expansionsdrang Moskaus erkennen. Das vergangene Jahr hat voll genügt, um die Sowjetisierung der polnischen Armee nahezu zu vollenden. Das Offizierkorps wurde entscheidend mit sowjetischen Offizieren, insbesondere in allen Schlüssel- und höheren Befehlsstellungen durchsetzt. Selbst Rokossowski, der polnischer Abstammung ist, wurde ausserdem ein besonderer Vertrauensmann Moskaus in der Person des russischen Generalobersten Godunow als Stellvertreter zur Seite gestellt.

Die Umgestaltung der polnischen Armee zu einem willfährigen Instrument genügt jedoch den Sowjets nicht. Einerseits traut man den Polen trotz aller Sicherheitsmaßnahmen noch immer nicht ganz. Das beweist auch die den sowjetischen Truppen in Polen anbefohlene und streng beachtete Abgeschlossenheit gegenüber der polnischen Bevölkerung. Andererseits möchte man in den vorgelagerten westlichen Raum die Kampfesstärke jederzeit so hoch wie möglich halten. So wurden im grösseren Umfang Einheiten der Sowjetarmee nach Polen verlegt. Schwerpunkte dieser sowjetischen Konzentration sind im Süden der besetzten deutschen Ostgebiete der Raum von Liegnitz und im Norden das Gebiet von Schneidemühl - Danzig. Starke militärische Stützpunkte der Sowjets in den Ostseehäfen, insbesondere in Stettin, auf den zahlreichen Flugplätzen und an anderen strategisch wichtigen Stellen vervollständigen das Bild der Bereitschaft des sowjetischen militärischen Apparates im westlichen Vorgelände Moskaus. Das Hauptgewicht der sowjetischen militärischen Kraft liegt jedoch in den Gebieten östlich der Weichsel. Hier ist durch die starken sowjetischen Truppenkonzentrationen selbst die ansässige polnische Bevölkerung in ihrer Bewegungsfreiheit weitgehend beengt.

Die heutigen Zustände in Polen erinnern in vieler Hinsicht an die Zeit Peters des Grossen zu Beginn des 18. Jahrhunderts, als Russland gleichfalls durch die Entsendung von Truppen nach Polen maßgeblich in die innerpolnischen Verhältnisse eingriff, um den dem Verfall entgegenstehenden Staat reif zu machen für die russische Eroberung.

Anf. halben Wege zurückgepfiffen

H.S. Kürzlich tagte in Strassburg die diesjährige Generalversammlung des Verbandes der europäischen Landwirtschaft. 500 Delegierte aus 13 europäischen Ländern waren erschienen. Vertreter Englands, Schwedens und Dänemarks fehlten. Die deutsche Abordnung wurde von Dr. Hermes, dem Präsidenten des Deutschen Bauernverbandes, geführt.

Zur Frage der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Europastaaten, dem Hauptthema der Tagung, sprach als deutscher Vertreter der Bonner Professor Niehaus. Die zur europäischen Zusammenarbeit angenommene Entschliessung bedeutet aber eine Enttäuschung für alle diejenigen, die aus den Berichten über bisher geführte Verhandlungen entnommen hatten, dass ein gemeinsamer deutsch-französischer Weizenmarkt als erster Schritt einer angestrebten engeren Zusammenarbeit der europäischen Landwirtschaft vorgesehen sei.

Frankreich ist in der Lage, einen beträchtlichen Teil der nicht an das internationale Weizenabkommen gebundenen westdeutschen Weizeneinfuhren preis- und frachtgünstig zu liefern. Frankreichs Landwirtschaftsminister Pflimlin setzte sich auf der Strassburger Tagung auch mit Schwung für die schrittweise Vereinigung der deutsch-französischen Agrarmärkte ein, zumal der Verwirklichung dieses Schumanplanes für die Landwirtschaft keine Hindernisse in Form von Ruhrstatut oder Ruhrbehörde im Wege stehen.

Aber es hat den Anschein, als ob das verstärkte Störungsfeuer der Bundeskanzlei die Verhandlungen zwischen den französischen und deutschen Bauernverbänden abbremste. Die in Strassburg angenommene Entschliessung bedeutet jedenfalls ein klares Abrücken vom bisherigen Kurs der deutschen Bauernverbände. In der Strassburger Resolution heisst es, dass ein weiterer Abbau bestehenden Schutzmassnahmen nur nach sorgfältiger Prüfung der Rückwirkungen und nur durch Abkommen über einzelne Produkte erfolgen darf. Die Resolution schliesst mit der zu nichts verpflichtenden Mahnung, dass die angeschlossenen Organisationen die weitere Entwicklung sorgfältig beobachten sollen.

Aus Frankreich wird berichtet, dass zahlreiche Teilnehmer der Strassburger Tagung aus der eigenartigen Zurückhaltung Dr. Hermes den Schluss zogen, dass die westdeutschen Bauernverbände nunmehr eine lediglich politisch gedachte "grüne Front" zwischen Westdeutschland, der Schweiz und Österreich anstreben und dass sie die engere wirtschaftliche Zusammenar-

beit mit Frankreich aus Sorge vor preisdrückenden Obst- und Gemüseeinfuhren hinhaltend vereiteln wollen. Man nimmt an, dass Dr. Hermes die Beziehungen zu östlichen Getreide-Lieferländern nicht belasten will, deren Angebote den Bauernverbänden sympathisch sind, weil sie bedeutend über dem gegenwärtigen westdeutschen Inlandspreis liegen. Gelegentlich einer Deutschlandreise wurde von französischen Bauernvertretern wiederholt der Abschluss eines langfristigen Weizenlieferabkommens zwischen den französischen und deutschen Genossenschaftsspitzen angeregt; ohne dass dieses Angebot ein praktisches Echo fand.

Mittlerweile wird es allerdings Zeit, dass sich die Bundesregierung zu den französischen Vorschlägen auf Bildung eines gemeinsamen Weizenmarktes oder wenigstens auf Abschluss eines langfristigen Weizenliefervertrages äussert, denn auf die Dauer geht es nicht an, dass diese politisch und ernährungswirtschaftlich so bedeutsame Frage weiterhin allein dem Ermessen einer Hauspolitik des Präsidenten der westdeutschen Bauernverbände überlassen bleibt.

- - - -

Die "Soziale Arbeitsgemeinschaft" tagte

sp. In Bonn tagte am 31.10.1950 die "Soziale Arbeitsgemeinschaft" der SPD, deren Bedeutung bereits aus dem Personenkreis der etwa 60 Teilnehmer ersichtlich ist. Die beiden Vorsitzenden der SPD, Dr. Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer, und mit ihnen Mitglieder des Parteivorstandes, u.a. Professor Carlo Schmid, Dr. Walter Menzel, Erwin Schöttle, Willi Eichler trafen dort mit leitenden Personen aus dem DGB, den Industriegewerkschaften, der Wirtschaftswissenschaft und Abgeordneten des Bundestages zusammen.

(Erschienen waren vom DGB der stellvertretende Vorsitzende Reuter, Hans vom Hoff, Willi Richter, Albin Karl und Ludwig Rosenberg, Freitag und Brümmer von der IG Metall, Rettig - DAG, Valentiner - IG Holz, Greve - Land und Forsten, Bock und Pöhlmann - IG Bau, Jahn und Hatje - IG Eisenbahn und als Frauenvertreterinnen Frau Döring, Liesel Kipp-Kaule und Elli Krahnstöver).

Dr. Kurt Schumacher referierte über Fragen der aktuellen Politik, insbesondere der Remilitarisierung unter dem Gesichtspunkt der sozialen Sicherheit als Voraussetzung der Verteidigung der Freiheit. Er berichtete über seine Gespräche mit Pastor Nießlner und Dr. Adenauer. Dr. Menzel gab einen informatorischen Überblick über den Stand der Polizeifragen und

beit mit Frankreich aus Sorge vor preisdrückenden Obst- und Gemüseeinfuhren hinhaltend vereiteln wollen. Man nimmt an, dass Dr. Hermes die Beziehungen zu östlichen Getreide-Lieferländern nicht belasten will, deren Angebote den Bauernverbänden sympathisch sind, weil sie bedeutend über dem gegenwärtigen westdeutschen Inlandspreis liegen. Gelegentlich einer Deutschlandreise wurde von französischen Bauernvertretern wiederholt der Abschluss eines langfristigen Weizenlieferabkommens zwischen den französischen und deutschen Genossenschaftsspitzen angeregt, ohne dass dieses Angebot ein praktisches Echo fand.

Mittlerweile wird es allerdings Zeit, dass sich die Bundesregierung zu den französischen Vorschlägen auf Bildung eines gemeinsamen Weizenmarktes oder wenigstens auf Abschluss eines langfristigen Weizenliefervertrages äussert, denn auf die Dauer geht es nicht an, dass diese politisch und ernährungswirtschaftlich so bedeutsame Frage weiterhin allein dem Ermessen einer Hauspolitik des Präsidenten der westdeutschen Bauernverbände überlassen bleibt.

- - - -

Die "Soziale Arbeitsgemeinschaft" tagte

sp. In Bonn tagte am 31.10.1950 die "Soziale Arbeitsgemeinschaft" der SPD, deren Bedeutung bereits aus dem Personenkreis der etwa 60 Teilnehmer ersichtlich ist. Die beiden Vorsitzenden der SPD, Dr. Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer, und mit ihnen Mitglieder des Parteivorstandes, u.a. Professor Carlo Schmid, Dr. Walter Menzel, Erwin Schöttle, Willi Eichler trafen dort mit leitenden Personen aus dem DGB, den Industriegewerkschaften, der Wirtschaftswissenschaft und Abgeordneten des Bundestages zusammen.

(Erschienen waren vom DGB der stellvertretende Vorsitzende Reuter, Hans vom Hoff, Willi Richter, Albin Karl und Ludwig Rosenberg, Freitag und Brümmer von der IG Metall, Rettig - DAG, Valentiner - IG Holz, Greve - Land und Forsten, Bock und Pöhlmann - IG Bau, Jahn und Hatje - IG Eisenbahn und als Frauenvertreterinnen Frau Döring, Liesel Kipp-Kaule und Elli Krahnstöver).

Dr. Kurt Schumacher referierte über Fragen der aktuellen Politik, insbesondere der Remilitarisierung unter dem Gesichtspunkt der sozialen Sicherheit als Voraussetzung der Verteidigung der Freiheit. Er berichtete über seine Gespräche mit Pastor Niemöller und Dr. Adenauer. Dr. Menzel gab einen informativischen Überblick über den Stand der Polizeifragen und

Dr. Leist von der BDL sprach über die sozialpolitischen Auswirkungen der Diskont-Erhöhung. Dr. Arndt von der Bundestagsfraktion untersuchte die juristischen Voraussetzungen und Folgen der Regierungsverfügung gegen antidemokratische Elemente. Bei einem lebhaften Austausch von Erfahrungen ergaben die Debatten sehr weitgehende Übereinstimmung der Meinungen.

#### Erziehung der wissenschaftlichen Kader

Der "Einheit", der "Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Marxismus" - letzte September-Ausgabe - entnehmen wir den folgenden aufschlussreichen Passus:

"Es ist nicht weiter verwunderlich, dass bei diesem Kollegengeist, bei diesem Fehlen von Kritik und Selbstkritik kein ideologisches Leben aufkommen kann. Man muss sich einmal vergegenwärtigen, dass an der Leipziger Universität seit Jahren eine stattliche Anzahl von Professoren und Dozenten zusammen sind, sich als Marxisten bezeichnen und es nicht fertigbringen, einen gemeinsamen Gedankenaustausch zu organisieren, die theoretischen Probleme und Lösungsversuche, die der einzelne erarbeitet hat, vor einem marxistischen Forum kritisch und selbstkritisch zu erörtern oder die unwälzenden Ergebnisse der Sowjetwissenschaft gemeinsam zu diskutieren. Vor kurzem wurde von der Betriebsgruppe eine Diskussion über den Objektivismus angesetzt. Von den Professoren und Dozenten erschienen ganze vier Genossen.

Es ist noch weniger verwunderlich, dass unsere Genossen Professoren erst recht keine ideologischen Auseinandersetzungen mit unwissenschaftlichen bürgerlichen Anschauungen an der Universität durchführen. Bezeichnend ist die Tatsache, dass nun einige bürgerliche Professoren von der Theologischen Fakultät sich an Genossen Prof. Harig gewandt haben, um mit ihm öffentlich über den dialektischen Materialismus zu diskutieren.

Es kann in einer solchen stickigen Atmosphäre des akademischen Kollegengeistes, des bürgerlichen Objektivismus und der ideologischen Sorglosigkeit nicht ausbleiben, dass reaktionäre bürgerliche Professoren sich unangefochten in feindlichen Ausfällen ergehen dürfen und dass Einflüsse der feindlichen Ideologie in unsere Reihen eindringen. So fand vor einiger Zeit unter Leitung und auf Anweisung des Genossen Prof. Markow ein Lichtbildvortrag über den sowjetfeindlichen Karikaturisten Lowe vom "Manchester Guardian" statt. Der Referent Prof. Hepler durfte in seinen Ausführungen die Sowjetunion in unflätiger Weise verleunden, ohne auf den Widerspruch des Genossen Prof. Markow zu stoßen.

Manche Genossen Professoren an der Leipziger Universität haben sich anscheinend darauf spezialisiert, die reaktionärsten bürgerlichen Machwerke als "wissenschaftliche Quellen" den Studenten aufzudrängen sowie Bucharin und verwandte Verbrecher unter den Studenten zu propagieren, neuerdings mit dem "Rat", den Namen dieser "Autoren" nicht zu nennen.

Es ist ebenso aufschlussreich, dass die Betriebsgruppe die grössten Schwierigkeiten hatte, unter den Genossen Professoren Referenten über das Thema "Die Russen und wir" zu finden, und dass zwei Drittel der Genossen Professoren und Dozenten es nicht für nötig hielten, am Zirkel für das Studium der Geschichte der KPdSU (B) teilzunehmen.

Der gegenwärtige Zustand an der Leipziger Universität ist also keines-

wegs dazu angetan, der heranwachsenden Intelligenz die unverfälschte Lehre des Marxismus-Leninismus zu vermitteln und sie mit den Entwicklungsgesetzen des Klassenkampfes bekannt zu machen. Ähnliche Beispiele könnten auch von anderen Universitäten und Hochschulen in der Republik erbracht werden."

#### DGB Niedersachsen beantragt Mitbestimmungsrecht

sp. Da auf Bundesebene weder eine die Arbeitnehmerschaft befriedigende noch auch nur baldige Regelung des Mitbestimmungsrechtes zu erwarten ist, hat sich der Landesbezirksvorstand Niedersachsen des DGB entschlossen, in dieser Frage eine Landesregelung anzustreben. In einem Antrag des DGB an die niedersächsische Staatsregierung betreffend gesetzliche Neuordnung des Kammerwesens in Niedersachsen, wird nach den bekannten Grundzügen des DGB die Umgestaltung der Organe der wirtschaftlichen Selbstverwaltung gefordert.

Im einzelnen fordert der DGB die Errichtung von Wirtschaftskammern ( auf Ebene der bisherigen Industrie- und Handelskammern) und die Neuordnung der Handwerks- und Landwirtschaftskammern bei paritätischer Besetzung aller Kontroll- und Verwaltungsfunktionen. Die neuen Kammern sollen als Körperschaften öffentlichen Rechts obligatorisch Behörden und Gerichte beraten, Gutachten erstatten, Sachverständige und Treuhänder benennen, staatliche Hoheitsaufgaben in Auftrag nehmen (Waren- und Berufsprüfungen, Beglaubigungen) etc. Die Mitglieder der Kammern sollen nur ihrem Gewissen verantwortlich sein und die Angestellten dürfen nicht hauptamtlich in Arbeitnehmer- oder Unternehmer-Organisationen tätig werden.

Nach Nordrhein-Westfalen, dessen Wirtschaftskammer-Gesetz bereits solche Regelungen kennt - das Gesetz ist jedoch von den Besatzungsmächten immer noch suspendiert - und nach Bremen, das erst kürzlich seine Organe wirtschaftlicher Selbstverwaltung nach diesen Grundzügen umgestaltet hat, ist nun Niedersachsen das dritte Land, das sich mit einer solchen Umgestaltung beschäftigt. Obgleich das Mitbestimmungsrecht nach dem Grundgesetz zur konkurrierenden Gesetzgebung gehört, steht zu erwarten, dass sowohl die niedersächsische Staatsregierung, wie auch der Landtag dieses Gesetz, dessen Vorarbeiten vom DGB praktisch abgeschlossen wurden, noch in diesem Jahre bearbeiten und zum Abschluss bringen, um zu Gunsten des sozialen Friedens bei den besonders komplizierten Verhältnissen in Niedersachsen eine allseits befriedigende Lösung zu finden.

Verantwortlich: Peter Raunau